

Meinungen

Leitartikel

Der Ausweg aus der Corona-Falle

Drei Strategien machen es möglich, den Lockdown schrittweise aufzuheben. Dazu müssen wir unser Verhalten ändern.

Es klingt wie eine Beschwörung. Alain Berset, der Gesundheitsminister, Daniel Koch, der oberste Seuchenbekämpfer, Guy Parmelin, der Wirtschaftsminister, sie alle intonieren Mal für Mal: Es ist zu früh, um das Notrecht gegen die Pandemie zu lockern, viel zu früh. Durchhalten ist angesagt, wir haben die schwierigere zweite Hälfte des Marathons noch vor uns.

Wer so mahnen muss, weiss, dass ihm die Kontrolle über den staatlich verordneten Totalstillstand von Gesellschaft und Wirtschaft entgleiten könnte. Aber laut über eine Aufhebung nachzudenken, kommt für den Bundesrat heute nicht infrage. Das könnte als Ermunterung verstanden werden, alle Vorsicht fahren zu lassen.

Klar ist aber auch: Lockdown-Müdigkeit breitet sich im Volk aus, die Ungeduld nimmt zu. Von den harten ökonomischen Folgen, die vom Coiffeur bis zum CEO alle treffen, ganz zu schweigen. Der Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch kostet die Schweiz laut Schätzungen zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde Franken. Nicht pro Jahr, nicht pro Monat: pro Tag. In den Betrag nicht eingerechnet sind die

sozialen und psychologischen Auswirkungen einer Gesellschaft im künstlichen Koma. Darum müssen wir darüber diskutieren, wie und unter welchen Bedingungen Notmassnahmen aufgehoben werden können. Und nein: Es reicht nicht, wie etwa die SVP, einfach markig zu fordern, die Beschränkungen aufzuheben.

Das Versammlungsverbot, Social Distancing und Quarantäne – das alles ist im Grunde ja nur ein kruder Ersatz für eine Durchimpfung der Bevölkerung gegen das Virus. In einer freien Gesellschaft ist der Lockdown ein extremes soziales Experiment aus Mangel an einem medizinischen Schutz. In der Not griff der Bundesrat zum schärfsten Gegengift, weil er sich, dem Gesundheitssystem und uns nicht anders zu helfen wusste. Die Nebenwirkungen sind verheerend.

Bis nun ein medizinischer Impfstoff entwickelt und geprüft ist, wird es laut Experten mindestens noch Monate dauern. Auch Medikamente für die Behandlung von Erkrankten im grossen Stil werden noch lange auf sich warten lassen. Diese Zeit haben wir nicht. Es braucht und es gibt jedoch Auswege aus dem Lockdown – solche,

Virenträger werden schon bald schneller und einfacher gefunden, vielleicht auch mithilfe von Smartphone-Apps.

die wirtschafts-, gesellschafts- und demokratieverträglich sind.

Epidemiologen wie Christian Althaus und Marcel Salathé, Ökonomen wie Mathias Binswanger sind in ihren Aussagen freier als Bundesräte und Beamte. Sie haben Wege und Varianten skizziert, wie wir aus dem zerstörerischen Lockdown herauskommen – und zwar so, dass wir gleichzeitig das Virus in Schach halten.

Eine erste zentrale Strategie ist das Testen. Der Bund und Private bauen ihre Testkapazitäten laufend aus. Auch Gesunde zu testen, wird zum Stan-

dard. Virenträger werden schon bald schneller und einfacher gefunden, vielleicht auch mithilfe von Smartphone-Apps. Infizierte und die, die mit ihnen in Kontakt gekommen sind, können dann isoliert werden, während alle anderen wieder an die Arbeit gehen. Kurz vor dem Durchbruch sind zudem Antikörpertests, die nachweisen können, wer bereits immunisiert ist. Wer dieses Gütesiegel trägt, stellt möglicherweise keine Gefahr mehr dar oder mindestens eine kleinere.

Zweitens wissen wir täglich mehr darüber, welche Personengruppen wie stark durch das Virus gefährdet sind und wer es wie weiterverbreitet. Das lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Teile der Gesellschaft vorsichtig geöffnet werden könnten. Es werden eher Kindergärten und Schulen sein als Altersheime, eher wirtschaftlich notwendige Betriebe als Fussballstadien. Aber immerhin.

Die dritte und vielleicht wichtigste Öffnungsstrategie betrifft unser eigenes Verhalten. Man kann das in Asien bereits beobachten: In Peking ist die Hygiene für alle im öffentlichen Raum jetzt oberste Bürgerpflicht. Und wie in Asien beginnt sich auch bei uns

die Erkenntnis durchzusetzen, dass mit Atemschutzmasken dann (aber nur dann) viel gewonnen ist, wenn alle sie in der Öffentlichkeit tragen. Dafür allerdings braucht es genügend Masken und eine Kampagne. Alle müssen wissen, warum das wichtig ist und wie wir mit den Masken umgehen müssen. Beim Händewaschen hat das nicht schlecht geklappt, es wird uns auch bei den Masken gelingen.

Das alles kann eine dosierte Lockerung des Lockdowns ermöglichen. Dafür braucht es unsere Bereitschaft, uns anzupassen, Regeln einzuhalten, die wir vorher belächelten. Gut möglich, dass sich der eine oder andere Schritt als verfrüht erweist und wieder rückgängig gemacht werden muss. Aber es geht darum, es zu versuchen. Das Risiko lässt sich kontrollieren, es ist auf alle Fälle kleiner als das eines Notstandregimes auf lange Dauer. Der Zeitpunkt, um darüber zu beraten und zu debattieren, ist jetzt.



Edgar Schuler
Leiter Analyse & Meinungen

Die Post gefährdet ihre Stellung

Auf kontingentierte Paketlieferungen reagiert der Versandhandel verärgert.

Philipp Felber-Eisele

Die Post ist am Anschlag, und dafür kann sie auf den ersten Blick nichts. Die Paketmengen stiegen innert kürzester Zeit stark an, der Post fehlen aus nachvollziehbaren Gründen Mitarbeiter, um diese zu verarbeiten. Zudem erschwert Social Distancing die Verarbeitung der Pakete. Die Gesellschaft merkt gerade, wie hart Pöstler arbeiten, die tagein, tagaus Unmengen an Paketen verteilen. Wohl noch nie war es einfacher, das Verständnis aller Kunden auf seiner Seite zu haben. Unverständlich hingegen ist die Kommunikation der Post.

Am Donnerstag informierte die Post grosse Versandhändler, dass für sie

neu Kontingente gelten würden. Sie dürfen also weniger Pakete versenden, als sie gerne möchten. Nur einen Tag später der Rückzieher: Die Post will nun noch mal mit den betroffenen Kunden reden. Diese Einsicht kam erst, nachdem die Versandhändler gegen den Entscheid protestiert hatten. Ein kommunikativer Fehler, der die Post teuer zu stehen kommen könnte.

Mit solchen Schnellschüssen gefährdet die Post ein wichtiges Geschäft. Denn mit dem Paketversand können die seit Jahren wegfallenden Briefmengen zum Teil kompensiert werden. Was auch für die Zukunft des Unternehmens wichtig wäre. Nun schauen sich die verärgerten Versand-

händler aber bereits nach Alternativen um. Man kann es ihnen nicht verübeln. Sie wollen ihre Ware an uns Kunden liefern. Viele dieser Händler werden es sich nach der Krise zweimal überlegen, ob die Post noch der richtige Partner ist. Oder zumindest, ob es nicht schlauer ist, mehrere Logistikpartner zu haben.

Auf der anderen Seite zeigen Konkurrenten der Post, dass sie derzeit flexibel reagieren können. Und versuchen, die Lücke zu füllen, die sich bei der Post gerade auftut. Dass diese Konkurrenz nach der Krise einfach wieder verschwindet, ist nicht zu erwarten. Gut für den Wettbewerb im Paketversand ist das allemal. Für die Post ist es fatal.

Die unsympathische Ticketbörse

Der Bund ist mit seiner Klage gegen die Onlineplattform Viagogo abgeblitzt. Schade.

Tim Wirth

Wer auf Viagogo reinfällt, ist selbst schuld – so liest sich das Urteil des Zürcher Handelsgerichts, das die NZZ am Freitag veröffentlicht hat. Die Ticketplattform verklagt hat niemand Geringeres als der Bund. Seit Jahren sammeln sich beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Beschwerden: Viagogo verlange Wucherpreise (9000 Euro für ein Ticket zu einem Champions-League-Final). Viagogo erwecke den Anschein, ein offizieller Verkaufskanal zu sein. Viagogo dränge mit aggressiven Mitteln zum Kauf. Mit der Zivilklage des Bundes sollte nun vieles besser werden.

Alles legal, sagt nun jedoch das Gericht. Lediglich bei Kleinigkeiten sah es eine Verletzung des Wettbewerbsrechts. Die «Durchschnittsadressanten» würden von Viagogo nicht irreführt. Unter «Über uns» stehe auf der Website ganz klar, dass es sich um eine Plattform handle, die Tickets weiterverkaufe – eine Art Ebay für Events. Wenn einzelne Käufer sich dessen erst nach dem Kauf bewusst würden, sei dies nicht relevant, so die Richter. Ein grosser Sieg für Viagogo. Die weltweit tätige Firma mit Sitz in Genf darf wie bis anhin geschäftlich und profitiert von den hohen Gebühren der Weiterverkäufe.

Auch wenn Viagogo nicht gegen Recht verstösst, viele erleben es keineswegs als fairen Marktplatz. Silvio Borner wollte kürzlich mit Begleitung ins Fönbacher Theater in Basel. Er landete versehentlich auf Viagogo und zahlte 325 Franken – viel zu viel und obwohl es noch reguläre Tickets gab. Seinen Ärger verarbeitete der emeritierte Professor für Volkswirtschaft in seiner Kolumne in der «Basler Zeitung». Auf ein Konzert oder ein Fussballspiel fiebert man hin. Viagogo dämpft diese Euphorie – auch wenn

über die Plattform gefälschte Tickets vertrieben werden und die Besucher beim Eingang kehrtmachen müssen.

Nebst den Ticketkäufern leiden auch die Veranstalter. Das Konzertlokal Schüür in Luzern ist laut der «Nidwaldner Zeitung» empört darüber, dass Viagogo vorgebe, Veranstaltungen seien ausverkauft, obwohl es noch Tickets gebe. Das Reeds-Festival in Pfäffikon verkaufte viele Tickets in die Ukraine. Ukrainische Fans an einem kleinen Schweizer Reggae-Festival? Die SRF-Sendung «Espresso» vermutet, dass es rund um Viagogo ein Netzwerk gibt, die Tickets einkaufen, um diese dann teurer zu verkaufen.

Das Seco kann das Urteil ans Bundesgericht weiterziehen. Auch in anderen Ländern gehen Behörden, Künstler und Organisationen, etwa der Weltfussballverband Fifa, gegen Viagogo vor. Google nahm für eine gewisse Zeit keine Werbeanzeigen des Portals mehr an. Die Firma Viagogo sagt, die Klägerin, der Bund, versuche den Eindruck zu erwecken, das Angebot der Beklagten sei unseriös oder gar betrügerisch, was nicht stimme. Es sei nichts Illegales dabei, wenn die Kunden Tickets untereinander kaufen und verkaufen. Das Zürcher Handelsgericht bestätigt dies.

Doch eine Ticketbörse, bei der Menschen das Gefühl haben, übervorteilt zu werden, ist keine sympathische. Wäre Viagogo ein Laden in einer Innenstadt, es wäre ein zwielichtiger. Es ist nicht klar, ob Neuware oder Secondhand verkauft wird. Alles ist teuer. Es kann sein, dass die Produkte beschädigt sind. Und die Verkäufer gängeln einen erst noch. Mit einem Countdown. Mit Aussagen wie: «Kaufen sie schnell, es gibt fast nichts mehr.» Und mit versteckten Gebühren. So will eigentlich niemand einkaufen. Auch wenn das Gericht den Laden stützt.

Widmers Woche

